

## Welche Frauenpolitik?

# Forderungen von 16 Luxemburger (Frauen-) Organisationen

*Der Zusammenschluß  
der Luxemburger  
Organisationen  
ACC-Agir contre  
le chômage,  
CID-Femmes,  
Déi Gréng Fraën,  
Déi Lénk,  
Femmes communistes,  
Femmes en détresse,  
Femmes socialistes,  
FNCTTFEL-Fraën,  
Fraëforum,  
LIDIA – Liaison,  
Discussion, Action,  
OGB-L Fraën,  
Rosa Lila,  
Stroossekanner Sao  
Paolo,  
Union des Femmes,  
Unione delle Donne  
Italiane, Zarabina –  
Initiative fir Fraën  
stellt folgende  
Forderungen  
(Kurzfassung):*

Für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen fordern wir die Verankerung des Gleichheitsprinzips in der Verfassung sowie die Einführung von Quoten.

Für das Recht der Frauen über ihren Körper zu bestimmen fordern wir eine angemessene Sexualerziehung, eine Entkriminalisierung der Abtreibung, gleiche Rechte für heterosexuelle und lesbische Frauen sowie die Bekämpfung von Zuhälterei und Frauenhandel.

Zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen fordern wir die Anerkennung der Gewalt in der Familie als kriminelle Handlung und die Entfernung des Gewalttäters aus der gemeinsamen Wohnung.

Zur Vermeidung der Armut und unsicherer Arbeitsplätze fordern wir gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, die Erhöhung des Mindestlohns, eine eigenständige soziale Absicherung

der Frauen und die Einführung der 35-Stundenwoche verbunden mit Neueinstellungen.

Zur Bekämpfung der strukturellen Gründe der Armut fordern wir die Streichung der Schulden der Länder des Südens, eine Besteuerung der Finanztransaktionen sowie den weltweiten Zugang der Frauen zur Bildung.

In Solidarität mit den Immigrantinnen, den Flüchtlingen und den „Sans Papiers“ fordern wir die Achtung der Würde und der Menschenrechte von Flüchtlingen, das Wahlrecht für Personen aus Nicht-EU-Ländern, die Regulierung der „Sans Papiers“ und die Anerkennung der Verfolgung aus sexistischen Gründen als Asylgrund.

Im Interesse aller Frauen fordern wir, dass Organisationen, welche die Interessen der Frauen vertreten, eine Kollektivklage bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Bestimmungen einreichen können.